

KLAR TEXT



Liebe Leserinnen und Leser,

das politische Jahr 2008 war in Bayern unter anderem von den Landtags- und Bezirkstagswahlen bestimmt. Nach 46 Jahren muss die in Bayern bis dato allein herrschende Partei die Macht im Freistaat wieder teilen. Eine Situation, die der Demokratie in unserem Land gut tut.

Die größte Herausforderung an die Politik in Bund und Ländern waren jedoch die wirtschaftlichen Ereignisse: Die weltweite Bankenkrise, das Milliardendebakel bei der Bayerischen Landesbank, das außer einer verspäteten „Entschuldigung“ bisher keinerlei politische Konsequenzen zur Folge hatte. Sie haben gezeigt, welche Auswirkungen ein unverantwortliches, auf kurzfristige Gewinne orientiertes Denken und Handeln auf die soziale Situation in der ganzen Welt hat.

Auf der Tagesordnung müssen deshalb im Jahr 2009 weiterhin ein bayerisches Konjunkturprogramm und ein eigener bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze stehen. Darüber hinaus sind unter anderem erforderlich: Kostenfreie Kinderbetreuung, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Abschaffung von Studiengebühren.

Das Jahr 2009 ist ein weiteres wichtiges Entscheidungsjahr mit der Europawahl am 07. Juni und der Bundestagswahl am 27. September und ein Jahr für sozialdemokratische Antworten. Der Marktradikalismus ist gescheitert. Wir wollen Wohlstand für alle durch organisierte Solidarität in einer sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit einer Sozialpartnerschaft, die die Rechte der ArbeitnehmerInnen und die Interessen der UnternehmerInnen sinnvoll verknüpft.

Für diese sozialdemokratischen Perspektiven wollen wir gemeinsam kämpfen! Dazu wünsche ich Ihnen und uns Glück, Mut, Kraft und Zuversicht!

Ihre/Eure

Christa Naaß, MdL
Vorsitzende der MittelfrankenSPD

Mittelfränkisches Quartett mit hervorragenden Aussichten

Liste zur Bundestagswahl 2009 aufgestellt

(mb) Von den sechs DirektkandidatInnen zum Deutschen Bundestag aus Mittelfranken hat ein Quartett beste Aussichten, nach der kommenden Bundestagswahl

mittelfränkische Interessen im Berliner Parlament umsetzen zu können. Die Landesvertreterversammlung der Sozialdemokraten in der Gunzenhausener Stadthalle setzte den mittelfränkischen Spitzenmann, Staatsminister Günter Gloser (Nürnberg), mit dem besten Stimmenergebnis aller Kandidaten auf Platz 3. Hervorragend platziert sind auch die Sozialexpertin und Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht (Fürth) auf Platz 10 und der Bahn- und Verkehrsexperten Martin Burkert (Nürnberg) auf Platz 13. Jubeln konnten danach vor allem die Westmittelfranken: Erstmals seit langer Zeit hat die Ansbacher Kandidatin Helga

Koch (Platz 20) realistische Chancen auf den Einzug ins Parlament. Damit auch Dr. Hannedore Nowotny (Roth/Nürnberger Land) auf Platz 28 sowie die erstmals kandidierende Martina Stamm-Fibich (Erlangen) auf Platz 38 ins Parlament einziehen, muss die SPD in Bayern ihren Stimmenanteil beträchtlich ausbauen.



Die SPD-Bezirksvorsitzende Christa Naaß (links) mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl (von links): Martin Burkert, Dr. Hannedore Nowotny, Helga Koch, Marlene Rupprecht, Günter Gloser, Martina Stamm-Fibich

gelungen ist, die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD sowohl im Ballungsraum Nürnberg/Fürth wie auch in Westmittelfranken aussichtsreich für die Liste vorzuschlagen. Im Hinblick auf die Bedürfnisse der anderen sechs Regierungsbezirke bedeutet die jetzige Listenreihung das Maximum des Erreichbaren.

Die Platzierung des Spitzenquartetts ist vor allem ein Erfolg der Bezirksvorsitzenden Christa Naaß, der es in harten Verhandlungen mit den anderen Bezirksvertretern

Piotr Drozynski ist unser Europakandidat

(pd) Der Kandidat der SPD in Mittelfranken für das Europäische Parlament heißt Piotr Drozynski. Er bewirbt sich damit um die Nachfolge von Lissy Gröner, die ihre Kandidatur zurückgezogen hat.

Piotr Drozynski ist 44 Jahre alt. Geboren wurde er in Danzig, seit 1972 lebt er in Deutschland, seit 2006 in Wendelstein. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der Diplom-Ökonom war in den letzten Jahren bei einer Fürther Firma für Osteuropa zuständig.



Als seine politischen Schwerpunkte benennt Piotr Drozynski die Förderung von Arbeiterkindern, die Energieversorgung, die Migration, den Arbeitsschutz und die Wirtschaftskompetenz. Bei all diesen Themen will Piotr Drozynski

seine beruflichen, vor allem aber auch seine persönlichen Erfahrungen als Migrant und Sohn eines Arbeiters einbringen.

Piotr Drozynski wird in den nächsten Monaten überall in Mittelfranken zum Thema Europa sprechen und diskutieren. Kontakt: Mozartstrasse 2, 90530 Wendelstein, drozynski@web.de

Bayerische Verfassungsmedaille für Peter Hufe



(ct) Landtagspräsidentin Barbara Stamm zeichnete den ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Peter Hufe aus Hilpoltstein mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber aus. Stamm betonte in ihrer Laudatio: „Mit Ihrem herausragenden Engagement haben Sie den Zusammenhalt der Menschen in Bayern gefestigt. Sie haben sich dabei aktiv für die Werte unserer Verfassung eingesetzt und bewiesen, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, unsere Verfassung mit Leben zu füllen.“

Neuer SPD-Bezirksvorstand

(pd) Bereits seit Juli amtiert der neue SPD-Bezirksvorstand. Als Vorsitzende bestätigte der Bezirksparteitag mit 91 Prozent der Stimmen Christa Naaß. Zu ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden Michael Bischoff, Elisabeth Gierlings und Amely Weiß (wie bisher) sowie neu Philipp Dees gewählt. Er löst Christofer Zwanzig ab, der nach sechs Jahren im Amt aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidiert hatte und vom Parteitag mit langem Applaus verabschiedet wurde.

In ihrem Bericht für den Parteitag hatte Christa Naaß zuvor auf zwei erfolgreiche Jahre Arbeit des Bezirksvorstands zurückgeblickt. So sei es der SPD Mittelfranken gelungen, sich in die Debatte zum neuen Grundsatzprogramm der SPD einzubringen. Die von der SPD Mittelfranken erarbeiteten Positionen fänden sich vielfach im „Hamburger Programm“ der SPD wieder. Auch die Metropolregion Nürnberg sei ein

Erfolgsprojekt der SPD: „Es war die SPD-Landtagsfraktion, die die Metropolregion Nürnberg überhaupt erst ins Gespräch gebracht hat. Und es ist der sozialdemokratische Oberbürgermeister Uli Maly, der jetzt als ihr Vorsitzender für ihren Erfolg sorgt“, betonte Naaß. „Die CSU hat die Metropolregion lange blockiert. Ohne SPD gäbe es sie nicht.“

Kassier im Bezirk bleibt Harald Nägel. Beisitzerinnen und Beisitzer sind Thorsten Brehm, Pia Donnert-Brehm, Lutz Egerer, Sebastian Finsel, Elvira Frauenschläger, Peter Löw, Dominique Nou, Wolfgang Plattmeier, Angelika Roth, Marlene Rupprecht, Stefan Schuster und Martina Stamm-Fibich. Die Arbeitsgemeinschaften werden von Marie-Luise Bickes (ASG), Lissy Gröner (AsF), Renate von Heckel (60plus), Martin Heidingsfelder (AGS), Reinhard Retzar (AsJ), Dieter Spetzke (AfA) und Victor Strogies (Jusos) vertreten.

Bezirkstagsfraktion zur Wahl des Bezirkstags-Präsidents

(rs) Die SPD im Bezirkstag bedauert, dass es in der konstituierenden Sitzung des Bezirkstages nicht zu einer breiten Zusammenarbeit aller politischen Gruppierungen gekommen ist. Die neue Bezirksspitze spiegelt die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Gremium nicht wider. Die CSU, die nach starken Stimmenverlusten bei der Wahl keine Mehrheit im Bezirkstag mehr hat, besetzt mit dem Präsidenten und weiteren zwei Stellvertretern allein drei von vier Spitzenposten. Die SPD als zweitstärkste Fraktion kam bei keiner einzigen Stellvertreterposition zum Zuge.

„Ein bedenkliches Demokratieverständnis“, findet Fraktionschef Fritz Körber, „dem wird die SPD-Fraktion konsequente Sachpolitik entgegensetzen.“ Mit der Entscheidung für einen eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt habe die SPD gerade dafür ein Zeichen setzen wollen. „Kein Postengeschacher um jeden Preis“ habe die Devise gelaute, sondern „neue Politik statt altem Zopf.“ Diese klare Linie werde die SPD in der Bezirkstagsarbeit konsequent verfolgen. „Hier können“, so Körber weiter, „Freie Wähler und FDP dann beweisen, wie ernst es ihnen mit ihren Ankündigungen im Wahlkampf und danach war, der CSU auf Kernfeldern der Bezirkspolitik Paroli zu bieten.“

Dass dies sehr wohl nötig ist, zeigen

jüngste Äußerungen des alten und neuen Bezirkstagspräsidenten. Bei verschiedenen Auftritten in Mittelfranken hat Richard Bartsch Ängste bei Behinderten, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden geschürt mit der Ankündigung, bei der Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe durch den Bezirk werde es zu Einschnitten kommen. So werde der Bezirk beispielsweise bestehende kommunale Verträge im Behindertenfahrdienst keinesfalls übernehmen, vielmehr sei aus Kostengründen an eine Bündelung und eine europaweite Ausschreibung gedacht, sagte Bartsch. „Im Interesse der Menschen mit Behinderung wird die SPD alles daran setzen, das zu verhindern“, kündigt Fritz Körber eine erste Nagelprobe an.

Martin Burkert: Die Mär von der sauberen Atomkraft

(mab) Als Umweltpolitiker befasse ich mich normalerweise mit wissenschaftlichen Fragen wie CO₂-Grenzwerten oder Wasserqualität. Doch manchmal muss ich mich auch mit Märchen beschäftigen: Immer wieder hört man die Mär von der sauberen Atomkraft und immer wieder versuche ich, diesen



Irrglauben richtig zu stellen. Die Argumente der Befürworter der Kernenergie – nämlich, sie emittiere kein CO₂ – ist nur auf den ersten Blick einleuchtend. Fakt ist: Wenn man die Emissionen von Atomkraftwerken „von der Wiege bis zur Bahre“ erfasst, wie es für die Berechnung des Gesamtenergieaufwandes erforderlich ist, sieht man, dass der Energieverbrauch bei den vor- und nachgeschalteten Prozessen erheblich ist: beim Bau der Kraftwerke, der Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten, beim Abbau und Transport von Uran sowie bei der Brennstäbeaufbereitung. Das Argument, dass wir die Atomenergie für den Klimaschutz brauchen, ist falsch. Im Gegenteil: Der Klimawandel ist unsere größte Herausforderung. Mit Antworten von gestern können wir nicht die Probleme von morgen lösen. Allein den Erneuerbaren Energien gehört langfristig die Zukunft.

„Europa sagt Nein zur 60-Stunden-Woche“ Europäisches Parlament stellt sich gegen den EU-Ministerrat

(lg) Das Europäische Parlament hat sich dagegen ausgesprochen, die Höchstarbeitszeit je Woche in der EU auf 60 Stunden festzusetzen. „Wir haben auch in zweiter Lesung an der durchschnittlichen Fortsetzung auf Seite 3

SPD und Arbeiterwohlfahrt gedachten Heiner Stöhr

(cn) Mit einer Gedenkveranstaltung am 9. Dezember auf dem Südfriedhof in Weißenburg erinnerten die Arbeiterwohlfahrt Ober- und Mittelfranken sowie die SPD an den 50. Todestag des Widerstandskämpfers und führenden Landespolitikers Heinrich Stöhr.



Die Gedenkfeier am Grab von Heiner Stöhr

Heinrich Stöhr, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, stellvertretender Landesvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, starb am 9. Dezember 1958 auf dem Weg zur Landtagsfeier nach seiner Wiederwahl. Nach ihm und seiner ebenfalls engagierten Frau Else ist das Alten- und Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt in Weißenburg benannt. Stöhr gehörte zu den herausragenden Figuren des Widerstandes während der NS-Zeit.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzende der SPD Mittelfranken, Christa Naaß, erinnerte an seinen Satz vor dem NS-Gericht im Jahr 1935: „Ich war Sozialist, ich bin Sozialist und ich werde es bleiben.“ Fünfeneinhalb Jahre als

KZ-Häftling in Dachau schikaniert und gedemütigt, half er als Krankenpfleger im dortigen Lagerkrankenhaus zahlreichen Menschen. Dies brachte ihm den Namen „Engel von Dachau“ ein. Dank Heiner Stöhr überlebte auch der spätere SPD-Wiederbegründer Kurt Schumacher.

Nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Weißenburg im Juni 1945 knüpfte er dort an, wo er vor 1933 aufgehört hatte: Er engagierte sich im sozialen und politischen Bereich, wurde Kreisvorsitzender der SPD Weißenburg und der Arbeiterwohlfahrt, half dabei unzähligen Menschen in den schwierigen Jahren nach dem Krieg und baute ein Alten- und Pflegeheim auf, das er 1955 seiner Bestimmung übergeben konnte.

Christa Naaß: „Heiner Stöhr war ein Mann, dessen Leben im Zeichen politischer und sozialer Verantwortung stand. Er hat gezeigt, dass selbst in einer Welt des Hasses und der Erniedrigung Menschlichkeit möglich war. Er hat Toleranz, Weltoffenheit, Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit vorgelebt.“

Nach der Landtags- und Bezirkstagswahl: SPD neu aufgestellt

(pd) Die Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern markierte eine Zeitenwende: Erstmals seit 1962 braucht die CSU im Land wieder einen Koalitionspartner, und auch im Bezirkstag verlor sie ihre absolute Mehrheit.

Für die SPD war das Ergebnis allerdings nicht erfreulich: Sie konnte von der Wechselstimmung nicht profitieren. Bei der Landtagswahl verlor die Partei in Mittelfranken nochmals 2,3 Prozentpunkte auf jetzt 22,6 Prozent und damit auch eines der bisher sieben Mandate.

Es gilt aber: Die Landtagsfraktion und die mittelfränkischen Abgeordneten mit ihrem Neuling Horst Arnold haben sich gut aufgestellt und gehen die Oppositionsarbeit für die nächsten fünf Jahre entschlossen an. Denn die Umfragen nach der Wahl haben gezeigt: Die Themen, die die SPD gesetzt hat, waren die, die auch die Wählerinnen und Wähler bewegt haben. Offensichtlich ist es aber nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln, dass die SPD diese Themen umsetzt. Daran arbeitet nun die Fraktion.

Bei der Bezirkstagswahl konnte die SPD trotz leichter Verluste die sieben bisherigen Mandate halten. Mit den zwei neuen Mitgliedern Gisela Niclas und Amely Weiß geht die Fraktion nun auch im Bezirk die Oppositionsarbeit entschlossen an – nachdem sie bei der Besetzung des Präsidiums übergangen wurde (siehe Bericht unter „Aus den Parlamenten“).

lichen Höchstleistungszeit von 48 Stunden festgehalten“, so die SPD-Europaabgeordnete Lissy Gröner. Die Abstimmungen zur Arbeitszeitrichtlinie und zu den Europäischen Betriebsräten in Straßburg wurden von einer Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds begleitet. „Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir für ein sozialeres Europa demonstriert, das bessere Arbeitnehmerrechte garantiert und soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards verbessert“, so Lissy Gröner: „So haben wir beschlossen, dass Bereitschaftsdienst grundsätzlich Arbeitszeit ist.“



so Lissy Gröner. In Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, dass große Unternehmen Umstrukturierungen und Entlassungen planen und durchführen, ohne vorher den Betriebsrat zu informieren. „Es darf zukünftig bei europäisch agierenden Unternehmen nicht mehr vorkommen, dass Beschäftigte über die Presse von Stellenabbau oder Betriebsschließungen erfahren“, unterstreicht Lissy Gröner.

Marlene Rupprecht beim Weltkongress in Rio

(mr) „Wenn wir den weltweiten Kinderhandel, die Prostitution Minderjähriger und die Kinderpornografie effektiv bekämpfen wollen, müssen staatliche Stellen und Kinderschutzorganisationen über Grenzen hinweg miteinander kooperieren.“ Diesen



Arbeitsauftrag brachte Marlene Rupprecht, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, im November 2008 vom 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio de Janeiro mit.

Mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, von Regierungen und Parlamenten sowie 300 Jugendlichen diskutierte die SPD-Bundestagsabgeordnete in der brasilianischen Metropole über Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung. Marlene Rupprecht freut sich, dass die lange tabuisierten Problemfelder Kinderhandel und Kinderprostitution endlich auch im öffentlichen Bewusstsein angekommen sind. So traf die SPD-Kinderbeauftragte zum wiederholten Mal mit Schwedens Königin Silvia zusammen, die sich dem Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern ebenfalls schon seit längerem widmet.

Seit 90 Jahren: Wahlrecht für Frauen

(mr/lg/aw) „Heute sind die deutschen Frauen die freiesten der Welt“ war im Dezember 1918 auf der Titelseite der sozialdemokratischen „Gleichheit“ zu lesen. Nach langem Kampf erhielten die deutschen Frauen am 12. November 1918 im Zuge der Novemberrevolution durch den „Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk“ das Wahlrecht. Das erste Mal wählen durften Frauen dann bei der Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Ein Gewinn, den wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wie August Bebel, Clara Zetkin und Marie Juchacz, aber auch einigen Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung zu verdanken haben.

Bereits 1881 hatte die SPD die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Zwei Jahre zuvor hatte August Bebel mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ die berufliche und politische Gleichberechtigung der Frauen eingefordert und dies zum Anliegen der Sozialdemokratie gemacht.

Aber auch 90 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechtes gibt es noch viel zu tun. „90 Jahre nach Einführung des Wahlrechts für Frauen sind wir von Parität in politischen und gesellschaftlichen Ämtern und Entscheidungsprozessen weit entfernt. Vor allem die politischen Parteien tragen die Verantwortung und maßgeblich ist auch der politische Wille, um eine ausgewogene Geschlechterrepräsentanz in Politik und auf Wahllisten herzustellen“, stellt die mittelfränkische Europaabgeordnete Lissy Gröner fest: „Es ist eine Frage des demokratischen Selbstverständnisses, dass Frauen und Männer gleichermaßen an politischen Entscheidungen und Funktionen beteiligt sind. Wir SozialdemokratInnen wollen keine Diskriminierung, sondern die Macht gleichberechtigt zwischen Frauen und Männern aufteilen.“

Und auch die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht weist auf weitere Probleme hin: „Für eine echte Partnerschaft von Frau und Mann brauchen wir gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit und auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt

es einiges zu tun.“ Deshalb verspricht Marlene Rupprecht, auch zukünftig für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann zu kämpfen: „Seit 90 Jahren ist die Politik für Frauen bei der SPD in guten Händen. Gleichstellungspolitik ist und bleibt ein Markenzeichen der SPD.“

Anlässlich des 90-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechtes organisierte Amely Weiß für die AsF und den UB Nürnberg die Ausstellung „100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa – 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“ des Frauenmuseums Bonn. Die Ausstellung dokumentiert, wie Europas Frauen mit Mut, Ausdauer und Fantasie ihr Ziel erreicht haben und fragt, wie groß ihr heutiger Anteil an der Regierungsmacht ist. Krönender Abschluss der Ausstellung war die Veranstaltung mit Inge Wettig-Danielmeier am 27. November. Sie erzählte anschaulich und bewegend, wie sich die politische Teilhabe der Frau durch die Erlangung des Frauenwahlrechtes in Deutschland und besonders in der SPD entwickelt hat. „Die Ausstellung war ein großer Erfolg“, freut sich Amely Weiß, Bezirksrätin und Vorsitzende der AsF Mittelfranken: „Mehr als 200 Interessierte sind aus ganz Bayern gekommen, um an den Führungen der AsF teilzunehmen.“

Die Landtagsabgeordneten der SPD Mittelfranken

Sechs GenossInnen vertreten die SPD Mittelfranken im Landtag. Dabei stellt die SPD Mittelfranken zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Horst Arnold

Sprecher für Verbraucherschutz

Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz sowie im Landwirtschaftsausschuss

Kontakt (Büro): Telefon: 0911-748410, Fax: 0911-748410, e-Mail: mail@horstarnold.de
Internet: www.horstarnold.de



Dr. Thomas Beyer

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Kontakt (Büro): Telefon: 09123-3440, Fax: 09123-3477, e-Mail: dr.thomas.beyer.mdl@t-online.de

Internet: www.DrThomasBeyerMdL.de



Christa Naäß

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Kontakt (Büro): Telefon: 09831-612996, Fax: 09831-612997, e-Mail: christa.naass@spd-online.de

Internet: www.christa-naass.de



Helga Schmitt-Bussinger

Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Kontakt (Büro): Telefon: 0911-43896-50,

Fax: 0911-43896-59, e-Mail: buero@schmitt-bussinger.de
Internet: www.schmitt-bussinger.de



Stefan Schuster

Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes

stv. Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Kontakt (Büro): Telefon: 0911-43896-60, Fax: 0911-43896-69, e-Mail: buero@stefan-schuster-mdl.de

Internet: www.stefan-schuster-mdl.de



Angelika Weikert

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sowie im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Kontakt (Büro): Telefon: 0911-43896-40, Fax: 0911-43896-49, e-Mail: angelika.weikert@t-online.de
Internet: www.angelika-weikert.de

Termine

05.02.2009, 18.30 h

Treffen des Arbeitskreises Polizei Mittelfranken

Nürnberg, Karl-Bröger-Haus, Sitzungszimmer, Karl-Bröger-Straße 9

15.02.2009, 10.30 h

Bezirkskonferenz der Jusos Mittelfranken Nürnberg, Gewerkschaftshaus, Saal Burgblick, Kornmarkt 5-7

18.02.2009, 19.00 h

Treffen der Schwusos Nürnberg, Fliederlich e.V., Breite Gasse 76
Weitere Treffen immer am dritten Mittwoch eines Monats

Bitte mailt Eure Termine an das SPD-Bezirksbüro: info@spd-mittelfranken.de, damit sie auf der Homepage und im MittelfrankenVorwärts abgedruckt werden!

Impressum

Der MittelfrankenVorwärts wird drei Mal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nbg. herausgegeben. Kontakt: vorwaerts@spd-mittelfranken.de
Chefredaktion und Layout: Philipp Dees (pd, V.i.S.d.P., Anschrift wie oben)
Redaktion: Michael Bischoff (mb), Thorsten Brehm (tb), Angelika Roth (ar)
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Robert Schmitt (rs) Amely Weiß (aw), Lissy Gröner (lg), Marlene Rupprecht (mr), Martin Burkert (mab), Claudia Thomas (ct), Christa Naäß (cn).
Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg